

Abends sieht er nur noch fern. Warum?



Tagsüber ist ER top-fit. Er läuft und läuft auf Hochtouren. Immer am Drücker. Immer ran an die Arbeit. Termine, Überstunden, Akkord. Eine rastlose Hetzjagd. ER will viel leisten – und ER muß viel leisten. ER ist der aktive Mann und möchte es auch abends sein.

Aber abends ist er fertig. Und das ist kein Wunder.

Es gibt mehr überlastete „Ich-bin-abends-fertig“-Männer, als viele Männer wissen. Und viele Frauen glauben. Das ist keine Angelegenheit des Alters. Sondern eine Frage der Beanspruchung. Den aktivsten Männern wird im Beruf – ganz gleich in welchem! – am wenigsten geschenkt.

Die Folgen spüren sie an der empfindlichsten Stelle: an der gestörten Sexualfunktion. Organisch kann alles in Ordnung sein. Aber die Nerven machen nicht mit und blockieren das männliche Leistungszentrum.

Titus – eine wohlhabende Kombination erprobter Wirkstoffe – hebt diese Blockade wieder auf, legt die zeitweise verschüttete Vitalität wieder frei. Titus ist der zündende Funke, der männliche Kraft wieder neu belebt.

Der Mann spürt es: Titus gibt ihm neuen Auftrieb. Neues Selbstbewußtsein. Den Wunsch nach Zärtlichkeiten... mit neuer Kraft zu geben und zu nehmen... neue Harmonien zu empfinden... den Zauber der Erfüllung.

Titus ist die gute Idee des Mannes. Und die gute Idee der Frau, die für ihren Mann Titus mitbringt!

Die Formel für aktives Leben: Titus 2 x täglich 1 Kapsel! Die neue Frische fühlt der Mann meist bald. Doch für die anhaltende Wirkung wird eine 6- bis 8-Wochen-Kur mit Titus dringend empfohlen.



Titus

zur Steigerung der männlichen Aktivität

Nur in Apotheken.

selbst setzen. Deutschlands Winzer dachten an das rauhe Klima ihrer Breiten und stapelten tief. Während die Badener, „von der Sonne verwöhnt“ (Werbespruch), ihre Qualität immerhin noch bei 57 Grad Ochsle beginnen lassen, begnügten sich die Zuckerwasser-Experten von Mosel und Rhein mit 50 Grad. Diese Norm verhilft selbst halbreifen Trauben aus kühlen Jahren noch zum Etikett Qualitätswein.

„Dadurch bleibt uns die Chance, bessere Preise zu bekommen“, schrieb das Fachorgan „Das Weinblatt“ und führte weiter aus: Dies sei „ein sicheres und preisgünstigeres Geschäft, als das beim Tafelwein zwangsläufig möglich sein wird“.

Allein, diese Weinpolitik erwies sich bereits zu Beginn des ersten EWG-Herbstes als Fehlspekulation. Der Handel mochte von Qualitätsweinen aus 50gradigen Mosten nichts wissen und verlegte sich aufs Warten. Die Aufkäufer wollen erst während der späteren Lesen und bei höheren Mostgewichten über ihre Orders entscheiden. Vergeblich rief die Wein-Branche nun nach Zinsbeihilfen für die Einlagerung der leichtgewichtigen Moste. Solche Finanzhilfen läßt die EWG-Ordnung aber nur für Tafelwein zu, den die deutschen Qualitätsapostel durch ihre niedrigen Ochsle-Normen auf ein Minimum reduziert haben.

Dennoch blieben die Winzer nicht ohne Beistand. Auf Drängen ihrer Verbandsoberen erwirkte die Bundesregierung in Brüssel die Erlaubnis, daß die deutschen Weinbauern in diesem Herbst gemäß einer Ausnahmeregelung der EWG-Weinmarktordnung ihre sauren Moste zusätzlich mit reinem Zucker „anreichern“ dürfen.

Zu weiterer Hilfeleistung ließ sich das rheinland-pfälzische Weinbau-Ministerium herbei. Außerhalb der Legalität verfügte es, wer nicht nach EWG-Recht Tafel- oder Qualitätswein auf das Flaschenetikett schreiben, könne nach dem früheren Weingesetz verfahren, also auch aus unreifen Trauben (Fachjargon: Schrotkugeln) Weine fabrizieren. Aus den grasigen, Ochsle-schwachen Mosten lediglich Essig, Sekt oder Schnaps zu bereiten, wie es das Brüsseler Gesetz vorschreibt, sei, so befanden die Mainzer Doudez-Souveräne, ein „enteignungsgleicher Eingriff“.

„Erlaubt ist, was gefällt“, verdolmetschte „Das Weinblatt“ den Erlaß. Freilich, dieser deutsche Kellereibezug wird in ganz Europa nicht zu verkaufen sein. Bundesgesundheitsminister Käte Strobel rügte die Mainzer Wein-Initiative scharf, und die Lebensmittelbehörde im Nachbarland Baden-Württemberg tat die Mixtur als „nicht verkehrsfähig“ bereits in Bann.

Das Statistische Bundesamt ermittelte unterdessen, daß die Weinlobby von Mosel und Rhein zu früh in Panik gemacht hat. Nach seinen Unterlagen werden die Durchschnitts-Mostgewichte des Jahrgangs 1970 annähernd denen des guten Jahrgangs 1969 entsprechen.

HOCHSCHULEN

BREMEN

Platter Hau-Ruck

Beim 64er Chilewein Vina San Pedro und Vierländer Kapaunen in Estragonsauce vertraute Hamburgs Regierungschef Dr. Herbert Weichmann (SPD) seinem Bremer Kollegen Hans Koschnick (SPD) im Hamburger Baedeker-Hotel „Atlantic“ an: „Du, Hans, eure Universitätsgründung macht mir große Sorgen.“ Darauf Koschnick: „Was meinst du, wie mir zumute ist.“

Bremens Bildungs-Senatsdirektor Kurt Kreuser (SPD) spricht von einer „kritischen Phase“ („Daß uns das passieren mußte“), Bremens FDP-Fraktionschef Harry John von einem



SPiegel-Titel 29/1970
„Kritische Phase“

„Eklat übelsten Ausmaßes“. Und der Gründungsrektor der geplanten Universität, Thomas von der Vring, 33, ist „ratlos“. Der Jungsozialist klagt: „Die Situation ist rigid.“

Die Situation im kleinsten Bundesland mit den meisten Affären (pro Kopf der Regierung) ist zumindest verworren: Nach zehn Jahren bürokratischen wie ideologischen Gerangelis um die Gründung einer Bremer Universität hat sich nun die Kontroverse zwischen Hans Koschnicks SPD/FDP-Landesregierung (Senat) und dem Gründungssenat des Jungsozialisten Thomas von der Vring („Ich bin ein Gegner des Kapitalismus“) so verschärft, daß der Bruch durchaus möglich scheint und Koschnick gar um seine Regierungskoalition bangen muß. Koschnick: „Notfalls muß ich den Konflikt ertragen und mit den Leuten weitermachen, die weitermachen wollen.“

Der Konflikt spitzte sich letzte Woche zu: Der vom Gründungssenat Anfang September zum Uni-Kanzler gewählte Sozialdemokrat Dr. Peter Ra-

bels, 33, trat von seinem Amt zurück, weil die FDP seine Bestätigung durch die Landesregierung hintertrieb. Die Freien Demokraten hatten weder sachliche noch politische Einwände gegen den Kandidaten, suchten aber nach einem Arrangement, um dem Oberregierungsrat Horst-Jürgen Lahmann, 35, einen lukrativen Posten in der Universitätsverwaltung zuzuschützen. Der parteilose Lahmann ist persönlicher Referent des FDP-Senators Rolf Speckmann. Ebenfalls in der letzten Woche lehnte der Koschnick-Senat drei vom Gründungssenat vorgeschlagene Kandidaten für die Positionen hauptamtlicher Universitätsplaner ab, aus politischen Bedenken — sie waren ihm zu weit links.

Von der Vring („Wir sind völlig von den Socken.“) sah in solchem Vorgehen „eine machtpolitische Entscheidung, die sich jeder wissenschaftlichen Diskussion entzieht“, Koschnick hingegen eine Notwendigkeit, um den „wissenschaftlichen Pluralismus“ zu verteidigen, der gefährdet sei, „wenn es hier zum Beispiel nur Leninisten, Stalinisten und Maoisten“ gäbe.

Ob die abgelehnten drei Kandidaten Leninisten, Stalinisten oder Maoisten sind, ist schwer auszumachen. Mit Sicherheit stehen sie, wie die meisten Mitglieder des Gründungssenats und die bereits bestellten Planer, allesamt auf Linksaßen.

Kandidatin Hanna Kröger, 30, die im letzten Sommersemester an der West-Berliner Freien Universität ihr Soziologie-Studium mit einem Diplom abschloß, war Mitglied der „Roten Zelle Ökonomie“ (Rotzök) und wirkte mit im „Roten Mai-Komitee“. Ihre politische Einstellung vermag sie „konkret“ nicht zu umschreiben, „etwa in der Weise, daß ich DKP-Mitglied wäre“, aber doch in der Weise: „Ich vertrete einen konsequent sozialistischen Standpunkt.“

Kandidatin Heide Kops, 29, war aktiv in West-Berliner Basisgruppen und bei roten Mai-Demonstrationen. Und Solveig Ehrler, 34, die Dritte im Bunde, arbeitete als Redakteurin für die West-Berliner „Rote Presse Korrespondenz“ und wurde 1968 wegen „Linkstendenzen“ aus der SPD ausgeschlossen. Beide beklagen sich nun darüber, daß sie „beschnüffelt“ werden: „Überall tauchen wir jetzt als verfassungsfeindliche Elemente auf.“

Die linke Einheitsliste schreckte die bedächtigen Bremer am so mehr, als sie nun bestätigt glaubten, was konservative Blätter und halbrechte Politiker befürchtet hatten, seit im letzten Sommer der Rote von der Vring zum Gründungsrektor berufen wurde — die Geburt einer „roten Mini-Universität“ (so Bremens CDU-Bundestagsabgeordneter Ernst Müller-Hermann), einer „Kaderschule der Revolution“ (so die „Welt“), einer „Guerilla-Akademie“ (so der „Rheinische Merkur“).

Zumindest scheint es so, als wollten die Linken die bislang letzte Station auf dem „zehnjährigen Leidensweg“ („Stuttgarter Zeitung“) der Universitätsgründung in Bremen für sich erobern. Als im Februar 1970 der Gründungssenat unter dem Vorsitz des

liberalen Göttinger Germanistik-Professors Walther Killy auseinandergefallen war, sahen marxistische Gründer wie der Hamburger Jura-Assistent Detlev Albers „die Stunde gekommen“. Fortan kümmerten sie sich um die „personelle Wiederauffüllung des Gründungssenats“ (Albers) — mit dem Ergebnis, daß nur noch linke Professoren und Dozenten berufen wurden.

Den Linksruck des neuen Gründungssenats machten auch die Planungskommissionen mit, die zu einem Drittel aus Dozenten, Assistenten und Studenten bestehen und seit dem letzten Sommer über Studienpläne und Baukonzeptionen, über Projektstudien und Tutorenprogramme diskutieren. Für diese Ausschüsse benannten Dozenten und Assistenten „natürlich nur Leute ihrer Couleur“ (so das Mitglied des Gründungssenats Imanuel Geiss,

der Schulung“) verkündete: „Das Eingangsstudium in Bremen muß unter der eindeutigen Maxime der marxistischen Schulung der Anfangssemester stehen.“ Flugs rieten ihm Genossen: „Henner, so darfst du das am Nachmittag nicht sagen.“ Henner nickte, befolgte den Rat und sprach am Nachmittag vor der Kommission: „Das Eingangsstudium muß pluralistisch sein.“

Das Versprechen reichte, der Rotzjur-Mann wurde gewählt. Tags darauf brachte der Gründungssenat, der das Kommissions-Votum bestätigen mußte, die Kraetsch-Kandidatur dann doch noch zu Fall — mit einem formaljuristischen Trick. Der Senat beschloß auf Initiative des Frankfurter Juristen Wiethölter, nur solche Planer der Landesregierung zur Ernennung vorzuschlagen, die bei der Wahl durch die Planungskommission eine Zweidrittel-Mehrheit erreichten. Für Henner



Bremer Gründungsrektor von der Vring (M.), Gründungssenat: „Die Situation ist rigid“

Dozent für Neuere Geschichte an der Hamburger Universität).

In die „Planungskommission Sozialwissenschaften“ beispielsweise wurden überwiegend Akademiker geschleust, die ein „progressives Image“ genießen — so der Historiker Geiss, so der Frankfurter Jurist Rudolf Wiethölter, so marxistische Assistenten wie Detlev Albers und der Göttinger Soziologe Dr. Horst Kern, so schließlich Studenten aus — laut Bericht des West-Berliner Senats — „verfassungsfeindlichen“ Roten Zellen in West-Berlin und linksradikalen Basisgruppen an der Universität Göttingen. Noch ehe die Kommission die Arbeit aufnahm, mühten sich die Rot-Zellisten um die rechten Leute für linke Kader.

Die erste Möglichkeit dazu bot sich, als am 12. Juli die Wahl hauptamtlicher Planer in der Kommission für Sozialwissenschaften anstand. Am Vormittag präparierten studentische Genossen Bewerber um Planer-Posten, die am Nachmittag vor der Kommission erscheinen sollten. Kandidat Henner Kraetsch („Ich bin Delegierter der Roten Zelle Jura in der Roten Zelle Medizin zur Unterstützung

Kraetsch aber hatten nur 12 von 20 gestimmt.

Der Kraetsch-Fall scheint beispielsweise dem FDP-Fraktionschef John symptomatisch für die „Guerilla-Taktik der Ultralinken auf dem Gebiet der Personalpolitik“. Und so wie an der alten Ordinarien-Universität jahrzehntelang „bis zum Exzeß gekungelt und gemauschelt wurde“ (Geiss), möchten bei der Gründung einer reformierten Hochschule nun offenbar auch Linke verfahren.

Doch weil von der Vrings Gründungsssenat nicht so weit links steht wie die Planungskommissionen und Koschnicks Senat wiederum nicht so weit links wie der Gründungsssenat, können ganz Linke auch an der Weser einstweilen nur selten reüssieren. Zu Amt und Einfluß kommen eher die Gemäßigten oder solche, die nun, wie Gründer von der Vring, von einst mitverfaßten Radikalprogrammen abrücken („Diese Musik finde ich schrecklich“) — und sei es nur, um „Reizworte“ zu meiden.

Senatsdirektor Kreuser bescheinigt den Planern, von denen einige wie des Hamburger Ex-Bürgermeister Paul



ROLEX

**ROLEX Uhren erhalten Sie
nur in diesen Fachgeschäften**

Aachen, Joseph Lückner, Am Eisenbrunnen
Ahnweiler, Ludwig Wolff, Niederhutstraße 42
Aachaffenburg, Vogl, Herstattstraße 18
Augsburg, R. Hörl, Karolinenstraße 1-3
Baden-Baden, Uhren-Thoma, Lichtenalter Straße 5
Bad Godesberg, Julius Schrottika, Bahnhofstraße 28
Bad Nauheim, Franz Schmidt, Parkstraße 10
Bamberg, L. Schmitt, Langestraße 12
Berlin W 15, Heinz Wipperfeld, Kurfürstendamm 193
Berlin W 30, Heinz Wipperfeld, Hilton-Colonnade
Bielefeld, Fritz Böckelmann, Alter Markt
Bonn, Gerdum-Clösserath, Sternstraße 38
Bonn, Wilfried Toussaint, Sternstraße 68
Braunschweig, H. W. Bugenstock, Schuhstraße 21
Braunschweig, „Die Schmuckecke“,
Waldemar H. Schulze, Schuhstraße vis-à-vis Hertie,
„Goldschmiede am Damm“, Damm 33 —
Bremen, Hellmut A. Haase, Hufilterstraße 15
Bremen, Gerh. D. Wempe, Sögestraße 47-51
Bremenhaven, J. Wilzius, Bürger 32
Bremstadt, Uhren-Teichl, Ernst-Ludwig-Straße 16
Dinslaken/Mdrh., Kersken, Duisburger Straße 28
Dorfumnd, Juwelier Rüschenbeck, Westenhellweg 45
Dortmund, Friedr. Strunck, Westenhellweg 18
Düsseldorf, Heinrich Blome, Königstraße 30
Duisburg, Robert Lepping, Königstraße 1
Essen, Josef Deiter KG, Kettwiger Straße 22
Eßlingen, Werner Brogde, Kronenstraße 25
Flensburg, Peter Jürgensen, Große Straße 45-47
Frankfurt/Main, Christ OHG, Roßmarkt 5,
Hotel Frankfurt Intercontinental,
Rhein-Main-Flughafen,
Main-Taunus-Zentrum
Frankfurt/Main, Karl Henecke, Kaiserstraße 15
Frankfurt/Main, Gerh. D. Wempe, Steinweg 5
Freiburg, Adolf Kühn, Kaiserstraße 211/213
Garmisch-Partenkirchen, Josef Stöcker,
Bahnhofstraße 93
Gießen/Lahn, Reinhold Balsler, Seitersweg 5
Göttingen, Willichowski, Groner Straße 24
Göttingen/Westf., Martin Dodi, Strangersstraße 15
Hagen/Westf., Lehmkühler, Mittelstraße 21
Hamburg, Gerh. D. Wempe, Resperbahn 103,
Alstarkaraden 7, Großer Burestah 43,
Fuhlsbütteler Straße 115,
Neuer Wall 1-5, Osterstraße 129,
Wandsbeker Marktstraße 57, Steinstraße 23
Hamburg, Willy Filitz, Mönckebergstraße 19,
Dammtorstraße 12
Hamburg, W. Becker & Co.,
Gerhart-Hauptmann-Platz 12
Hamm I.W., Juwelier Pröpsting, Weststraße 2/4
Hannover, Fritz Scheurle, Georgstraße 36
Hannover, Diederich-Scheurle, Georgstraße 36
Hannover, Gerh. D. Wempe, Georgstraße 27-29
Heilbronn, Juwelier Luthle, Deutschofstraße 2
Kaiserslautern, Walter Lembach, Fackelstraße 28
Karlruhe, Oskar Hiller, Kaiserstraße 100
Kassel, Juwelier Schmidt, Obere Königstraße 47
Kiel, Juwelier Fröber, Brunswikerstraße 28
Köln, Walter Lembach, Hohe Straße 66
Köln, Carl Jos. Linnartz, Burgmauer 6
Koblenz, Uhren-Müller, Löhstraße 71,
Glockenspielhaus
Krefeld, A. Giessmann, Rheinstraße 82
Leverkusen, Uhren-Hodes, Friedrich-Ebert-Platz 15
Lübeck, Gerhard D. Wempe, Holstenstraße 28
Lübeck, Th. Köhler & Sohn, Kohlmarkt 15
Ludwigshafen, Albert Hoch, Bismarckstraße 54
Mainz, Jean Weiland, Große Biölche 2
Mannheim, Wilhelm Braun, 07, 10 Planken
Mannheim-D 1, Hubert Nitsch, Paradeplatz 2
Marburg/Lahn, T. Küster, Wettergasse 36
Mönchengladbach, Uhren-Offmann,
Bismarckstraße 15
München, Andreas Huber, Residenzstraße 11,
Weinstraße 8, Neuhauser Straße 53
München, Uhren-Sonntag, Sendlinger Straße 18
München, Uhren-Hesed, Marienplatz 28
München, Dr. Engel & Co., Lenbachplatz 9
München, Adolf Scheuring, Am Bahnhofplatz 2,
Marienplatz 17
München-Harlsching, Franz Bauer,
Peter-Auzinger-Straße 11
Münster I. W., Wilh. Nonhoff, Haus Rothenburg 12-13
Neu Isenburg, Juwelier Riede,
Dreiherrnsteinplatz 39
Neuss, Juwelier Badort, Niederstraße 3
Nürnberg, A. Merktein, Karolinenstraße 6
Nürnberg, J. Wallner, Karolinenstraße 44
Offenbach/Main, Uhren-Bauer, Bieberer Straße 10
Osnabrück, Ludwig Carl, Große Straße 39
Regensburg, Juwelier Kappelmeier, Neupfarrplatz
Saarbrücken 3, Hermann Mühke oHG,
Bahnhofstraße 78
Solingen, Zimmermann Nachf., Hauptstraße 7
Stuttgart, Leffers, Königstraße 21
Timmendorfer Strand, Juwelier Linder,
Kapitellblock und „Martini“
Trier, W. Engel, Grabenstraße 16, Simeonstraße 4
Wiesbaden, Josef Rappol, Kirchgasse 29
Würzburg, Ernst Hüfner, Domstraße 7
W.-Elberfeld, Glockenspielhaus Abeler,
Poststraße 11
Westerland/Sylt, Georg Krause, Friedrichstraße 21
Westerland-Sylt, Rudolf Ostermann,
Friedrichstraße 12
Worms, Ph. Becker, Kammererstraße 35

ROLEX UHREN GBMH

5 Köln, Hohenzollernring 62, Drei Köninghaus
Schreiben Sie uns! Wir senden Ihnen Prospekte.

Nevermanns Schwiegertochter Anke (Soziologie) oder wie die Pädagogin Barbara Busch erst im letzten Semester ihr Examen machten: „Es gibt doch nur bei der jungen Linken Leute, die sich Gedanken über hochschuldidaktische Fragen gemacht haben.“ Und tatsächlich belegen Diskussionen, die jetzt in den Planungskommissionen darüber geführt werden, was und wie gelehrt werden soll, daß Hochschuldidaktik akademisches Neuland und deshalb besonders umstritten ist. Bei den Bremern besteht immerhin Einigkeit in der „Abkehr vom Prinzip des Lernens zugunsten des Lernens des Lernens“.

In der Planungskommission Sozialwissenschaften verständigten sich die Volks- und Betriebswirte, die Soziologen, Juristen und Historiker auch darüber, daß für alle sozialwissenschaftlichen Fächer ein „ein- bis zweijähriges integriertes Eingangsstudium“ verbindlich sein soll. Was dann in der Eingangsstufe getrieben wird, ist allerdings noch unklar.

Die Wiethölder-Anhänger wollen sich mit Parteien und Verbänden, mit den Bildungschancen, die nach dem Bonner Grundgesetz für alle gleich sein sollen, es aber nicht sind, und mit dem Einfluß autoritärer Erziehung beschäftigen. Marxist Albers hingegen hält die Wiethölder-Konzeption für „stockkonservativ“. Er und seine Genossen propagieren zwar keinen „platten Hau-Ruck-Marxismus“, und sie wissen auch, daß es „natürlich sinnlos wäre, Anfangssemester gleich in die Fabrik zu schicken mit dem Auftrag: „Nun macht mal was über das Arbeiterbewußtsein!“ Albers schloß sich den Göttinger Genossen an, die meinen, das Eingangsstudium müsse ein „Grundverständnis der Gesellschaft unter Berücksichtigung des Marxschen Ansatzes“ vermitteln.

Mit Marx, aber nicht allein mit ihm, wollen die Göttinger Basisgruppen die Welt begreifen. In der Volkswirtschaft etwa soll auch das Wort des Engländers John Maynard Keynes, in der Soziologie Max Webers Lehre zur Kenntnis genommen werden — eine Spielart des Wissenschaftspluralismus, die West-Berlins Rotzöke, die ebenfalls in der Planungskommission Sozialwissenschaften mitreden, schlankweg als „Scheiß-Pluralismus“ abtun.

Die Grundsatzfrage über die Marx-Anteile in der Eingangsstufe wurde einstweilen vertagt — weil die Zeit drängt. Bis Anfang Januar, so verlangt es der Generalnetzplan (GNS) des Senats, müssen die Stellen für die Dozenten ausgeschrieben sein, sonst kann Koschnick sein Versprechen nicht halten, daß die Universität zum Wintersemester 1971/72 für rund 450 Studenten eröffnet wird.

Ob der GNS-Terminkalender eingehalten werden kann, erscheint Gründungsrektor von der Vring („Wir können uns kein erstes Pfluchsemester leisten“) schon heute „mehr als fraglich“ — vor allem auch deshalb, weil Bremens Uni zwölf Monate vor der Immatrikulation der ersten Studenten noch keinen Kanzler hat, der Haus-

haltspläne und Stellenpläne erst mal ausarbeiten muß.

Dem designierten Uni-Kanzler Rabels vom „Hochschul-Informationssystem“ („HIS“) in Hannover „platzte der Kragen“ (Rabels), als er am Mittwoch letzter Woche immer noch nicht wußte, ob die Landesregierung ihn nun nehmen werde oder nicht. In einem Brief an Bürgermeister Koschnick teilte er mit: „Ich halte mich an die Zusage... nicht mehr gebunden.“

Der HIS-Mann aus der Denkfabrik für Hochschulplanung betrachtet sich zu Recht als „Opfer der Personalpolitik“, die in diesem Fall die Freien Demokraten betrieben. Sie schoben die Ernennung von Rabels hinaus, um Oberregierungsrat und Speckmann-Referent Horst-Jürgen Lahmann auch künftig gut versorgt zu wissen. Obgleich Kanzler-Kandidat Lahmann vor dem Gründungssenat eine so schlechte



Bremens Regierungschef Koschnick
„Fünfzig rote Zellen — nein“

Figur gemacht hatte, daß er „mit Pauken und Trompeten durchfiel“ (Geiss), sollte er nun Finanzdirektor werden und B III-Bezüge kassieren — 3700 Mark pro Monat.

Nach Rabels Absage glaubten Freie Demokraten ihren Günstling Lahmann — „im Hinblick auf den Zeitdruck der geeignete Bewerber“ — nun gar zum Kanzler machen zu können. Aber noch am Freitag winkte der Gründungssenat ab und nannte selber einen Kandidaten, den Juristen Hans Heinrich Maaß, 34, der den Freien Demokraten nahesteht und sie in hochschulpolitischen Fragen berät. Dazu Koschnick: „Ein fundierter Vorschlag.“

Die FDP-Hochschul-Politik hatte schon früher für Hickhack zwischen den Koalitionspartnern und dem Gründungssenat gesorgt. So polemisierten die Freien Demokraten gegen die Berufung von zwei Senatsmitgliedern. Der renommierte Reform-Jurist Rudolf Wiethölder, befand Fraktionschef John damals, vermittelte ein „Unrechts-Studium“, und Historiker Geiss vom linken Flügel der SPD habe ein

„gebrochenes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie“. Seit der Sozialist von der Vring als Gründungsrektor amtiert, fürchten Freie Demokraten: „Das Ganze soll ein Gesangverein werden, in dem kein Kontrabaß geduldet wird“ — oder gar eine „proletarische Rote-Zellen-Universität“.

Allzu ernst scheinen die Liberalen ihren Dracula aber nicht zu nehmen. Um Unfall-Meldungen vorzubeugen, versprachen sie jedenfalls erst einmal: „Wir werden die Koalition nicht platzen lassen.“

Das wollen auch die Sozialdemokraten nicht. Eher schon würde Bremens Regierungschef Koschnick („Ich lasse mir die Koalition nicht kaputt machen“) den Gründungssenat platzen lassen. Doch vorerst setzt der Bürgermeister auf das Universitätserrichtungsgesetz, wonach über Personalfragen in letzter Instanz die Landesregierung entscheidet.

Von der Vring Genossen nennen die staatliche Bevormundung einen „Rückfall in das 19. Jahrhundert“. Sie wollen es nicht hinnehmen, „Jaß die politische Gesinnung der Bewerber zum Maßstab der Auswahl oder Ablehnung der Wissenschaftler“ werde.

Koschnicks Genossen sehen auf die Gesinnung, um die künftige Alma mater nicht erröten zu lassen. Koschnick: „Fünf rote Zellen — ja; fünfzig rote Zellen — nein.“

UNTERNEHMEN

BUNDESHOLDING VIAG

Anleihe bei Flick

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Junghans, 48, möchte Deutschlands mächtigstem Kapitalisten nacheifern: „Wie Flick seine Betriebe — so müssen wir die neue Holding führen.“

Das Management-Konzept des Alt-Industriellen will der Wirtschaftsexperte der SPD auf einen Konzern übertragen, den Bundesfinanzminister Alex Möller trotz Bedenken von Banken, Industrie und sogar Parteigenossen plant: die Holding-Gesellschaft Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (Viag). In diesem Firmenverbund sollen nach Möllers Willen drei Großbetriebe aus Bundesbesitz aufgehen und zentral gesteuert werden (SPIEGEL 41/1970).

Der Industrietrust, dessen Aktien auch Kleinsparern angedient werden sollen, würde mit seinen fast 260 Tochtergesellschaften in nahezu allen Branchen, mit knapp 80 000 Beschäftigten und einem Umsatz von über neun Milliarden Mark zu den größten deutschen Unternehmen zählen.

Obwohl Möller für seinen Plan bislang noch nicht einmal die uneingeschränkte Zustimmung seiner Kabinetts-Kollegen hat, drängen sich in Bonn bereits Politiker und Beamte nach Managersesseln und Vorstandsbüchsen des neuen Konzerns. Ein Aufsichtsrats-Mitglied der bundeseigenen

Salzgitter AG spottete letzte Woche: „Das wird eine reine Auffanggesellschaft für Beamte und Politiker.“

So rechnet sich neben dem Parlamentarier Junghans, zugleich Generalbevollmächtigter der Salzgitter AG, auch Möllers christdemokratischer Ministerialdirektor Werner Lamby, 46, eifernder Verfechter des Viag-Planes, einen Platz im Vorstand des Möller-Trust aus; zuvor hatte er sich bereits um einen Vorstandssessel beim Mischkonzern Veba beworben. Auch Hamburgs Innensenator Heinz Ruhnau und der Staatssekretär im hessischen Wirtschaftsministerium, Alfred Härtl, gelten als Anwärter für höchste Viag-Posten.

Mit seinem Konzern-Konzept unternimmt der Bundesfinanzminister in diesem Jahr bereits seinen zweiten Vorstoß für eine Bundesholding. Möllers Elle hat guten Grund: Durch den



Veba-Hauptversammlung (in Bochum)
Manager-Posten für Politiker?

Verkauf von Aktien an Kleinsparer, die mit 33 Prozent an der Viag beteiligt werden sollen, will der Finanzminister den hohen Geldbedarf der staats-eigenen Unternehmen stillen und die Staatskasse schonen. Allein bis 1976 benötigen die Bundeskonzerne mindestens eine Milliarde Mark neues Kapital für notwendige Investitionen. Einen großen Teil davon verbrauchen der notleidende Stahltrust Salzgitter AG und die maroden Saarbergwerke in Saarbrücken, die Möller anfangs in die Viag-Holding einbringen und durch Rationalisierung sanieren wollte.

Doch sein Minister-Kollege Karl Schiller und die Vorstände der gesunden Bundesunternehmen leisteten heftigen Widerstand. In einem Spitzengespräch der beiden Minister erteilte Schiller dem Möller-Plan eine harsche Absage. Schillers Bedenken: Der Möller-Trust würde zu einer der größten Zusammenballungen industrieller Macht führen und damit die von Schillers Amt propagierte Fusionskontrolle

unglaublich machen. Der Wirtschaftsminister mochte überdies nicht glauben, daß Aktien des geplanten Groß-Konzerns Viag für Geldanleger interessant genug sein könnten.

So rang Karl Schiller seinem Finanzkollegen eine „kleine Viag-Lösung“ ab. Die Minister einigten sich schließlich darauf, statt aller sechs nur noch die gewinnbringenden drei Bundesunternehmen zu verschmelzen. Danach sollen der neuen Bundesholding angehören:

- ▷ die Aluminium- und Energiefirma Viag Vereinigte Industrie-Unternehmen AG als Dachgesellschaft mit 1,5 Milliarden Mark Umsatz;
- ▷ der bereits zu 64 Prozent privatisierte Mischkonzern Veba mit 6,9 Milliarden Mark Umsatz;
- ▷ die IVG Industrieverwaltungsgesellschaft mit 0,1 Milliarden Mark Umsatz.

Die Saarbergwerke AG (1,6 Milliarden Mark Umsatz), die Salzgitter AG (4,5 Milliarden Umsatz) sowie die Maschinenbau-Holding Diag Deutsche Industrieanlagen GmbH (0,5 Milliarden Umsatz) dagegen sollen vorerst selbstständig bleiben. Saarberg-Chef Werner Hoevels bescheiden: „Wir sind noch nicht gesund genug.“

Doch selbst die kleine Lösung findet nicht bei allen betroffenen Firmen Zustimmung. „Wenn die Rechte der Aktionäre behindert oder beschädigt werden, dann gehe ich auf die Barrikaden“, wetterte unlängst Generaldirektor Heinz P. Kemper, dessen Veba-Konzern auch nach dem neuen Konzept in der Bundesholding aufgehen soll.

Auch die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz sorgt sich, der Börsenkurs für die Veba-Volksaktien könnte noch weiter sinken. Selbst Franz Heinrich Ulrich, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, machte sich für diesmal die Bedenken der Kleinanleger zu eigen. Er tadelte den „blinden Eifer“ der Bonner Beamten und warnte: „Die Glaubwürdigkeit der früheren Veba-Privatisierung wird erschüttert.“

Unterdessen bosseln Möllers Ministerialdirektor Lamby und dessen Stellvertreter Fritz Knauss insgeheim weiter an einer großen Lösung. In einem neuen Entwurf für den Minister schlagen die Bürokraten vor, trotz aller Einwände die Saarbergwerke (Verlust 1969: 200 Millionen Mark) und die Salzgitter AG treuhänderisch, die Diag hingegen ganz in die neue Bundesholding einzubringen. Den Staat wollen sie verpflichten, auch künftig für Verluste dieser Unternehmen aufzukommen. Die Entscheidungsbefugnisse aber sollen bei den Managern der Mammut-Holding liegen.

Bonner Insider glauben den Grund für die neue Lamby-Demarche zu kennen: Wenn Möllers Industrieabteilung VIII auch nur die Verwaltung eines einzigen Bundesunternehmens behält, müssen die Beamten auf ihrem Bonner Posten bleiben. Ehrgeizige Vorstandspläne für die Viag müßten sie dann begraben.